

Handelsblatt

GASTBEITRAG VOLKER PERTHES

Europa bleibt Anker der deutschen Außenpolitik

von: Volker Perthes
Datum: 13.02.2017 06:10 Uhr

PREMIUM Im Jahr der Bundestagswahl kommt es zu fundamentalen Veränderungen im außenpolitischen Koordinatensystem. Die USA fallen als Fixpunkt aus. Deutschland gewöhnt sich an die Führungsrolle, muss aber noch dazulernen.



Deutsche Bundeswehrosoldaten

Reformstau in Deutschland.

(Foto: dpa)

Deutschland hat seit 2014 einen außen- und sicherheitspolitischen Lernprozess durchgemacht, der zeitweise einem Crashkurs in Realismus gleichkam. Beigetragen dazu haben das angespannte Verhältnis zu Russland und der Ordnungszersfall im Nahen Osten genauso wie die Erwartungen europäischer Partner an deutsche Führungsleistungen, die mit teils heftiger Kritik an der konkreten Politik Berlins einhergingen, insbesondere beim Umgang mit Fluchtbewegungen. Nicht zuletzt terroristische Bedrohungen ließen deutlich werden, dass die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik zunehmend verwischen. 2017, im Jahr der Bundestagswahl, kommt dazu eine fundamentale, strukturelle Veränderung unseres außen- und sicherheitspolitischen Koordinatensystems: Wir werden uns erstmals nicht mehr auf Führung aus den USA und auf deren Berechenbarkeit verlassen können.

Natürlich wird nicht alles anders: Die EU bleibt der wichtigste Handlungsrahmen Deutschlands, die USA sind der stärkste Partner in der transatlantischen Allianz. Europäische Sicherheit ist außerhalb dieser Allianz nicht zu garantieren und gleichzeitig für Deutschland immer nur gesamteuropäisch - mit Russland und Osteuropa also - denkbar; die Vereinten Nationen bleiben die wichtigste Plattform gemeinsamen Handelns gerade und auch in einer zunehmend multipolaren Ordnung.

Aber die USA, und hier liegt der Strukturbruch, werden mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten ein tendenziell unberechenbarer Akteur, zumindest für die ersten Monate, vielleicht Jahre der Ära **Trump**: ein Verstärker von Ungewissheit statt eines Orientierungsgebers, auf den wir uns in der Bundesrepublik und der EU trotz aller sachpolitischen Differenzen politisch wie militärisch letztlich immer verlassen haben.

VITA VOLKER PERTHES

Vordenker

Friedensvermittler

Wir werden uns also, wenn Amerika keine Orientierung mehr bietet, selbst um Orientierung im Westen und in der Staatengemeinschaft bemühen müssen.

Dafür - auch dafür - brauchen wir eine handlungs- und strategiefähige **Europäische Union**. Die EU ist durch den Brexit-Prozess, die Ungewissheiten aus den bevorstehenden Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Italien, die mögliche Rückkehr von Finanzmarktrisiken und durch Auseinandersetzungen über Solidarität und demokratische Mindeststandards weitgehend mit sich selbst befasst. Dessen ungeachtet gibt die EU, was hierzulande oft unterschätzt wird, auch Deutschland mehr internationales Gewicht, und sie stärkt, auch wenn es hier große Baustellen gibt, die Sicherheit

aller ihrer Mitglieder.

USA: Einfluss suchen!

Die notwendige Strategiefähigkeit ist dabei weniger eine Frage von Hauptquartieren und Waffensystemen. Es geht vielmehr darum, die eigenen Interessen und Prioritäten zu definieren. Eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU würde dem genuinen Interesse Deutschlands entsprechen. Auch die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur EU dürfte zunehmen, wenn diese sichtbar zur äußeren und inneren Sicherheit beiträgt. Das muss nicht heißen, sich allein auf die Brüsseler Institutionen zu verlassen. Andere Mitgliedstaaten werden weiter Führung aus Berlin einfordern, und deutsche Politik ist nicht schlecht gefahren, wo sie europäische Initiativen in enger Abstimmung mit einzelnen anderen EU-Staaten lanciert hat.

Die Präsidentschaft Donald Trumps wird Stil und Inhalt internationaler Politik verändern. Liberale Werte sind mit der Wahl Trumps in die Defensive geraten; Autokraten und Befürworter einer illiberalen Demokratie fühlen sich bestätigt, selbst innerhalb der EU wird es größerer Anstrengungen bedürfen, Angriffe auf liberale Grundwerte abzuwehren. International wird wieder weniger über die Förderung guter Regierungsführung gesprochen werden.

Das ist durchaus ein Problem, denn gutes, verantwortliches Regieren ist nicht nur ein normatives Anliegen, sondern wird von so unterschiedlichen Akteuren wie der Weltbank oder der Afrikanischen Union als Voraussetzung für politische Stabilität und Wachstum betrachtet. Angesichts des Politikstils des neuen US-Präsidenten dürften personalisierte und populistische Formen der Politik auch im internationalen Umgang Auftrieb erhalten. Trump hat deutlich gemacht, dass er festen Allianzen geringe Bedeutung zumisst und eher auf bilaterale Deals denn auf Multilateralismus setzt. Amerika wird protektionistischer werden und sich weniger als liberaler Hegemon verstehen, der Führung bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung übernimmt und durch seine Sicherheitsversprechen andere von Alleingängen abhält.



„Donald Trump wird Stil und Inhalt internationaler Politik verändern.“

Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.

(Foto: picture alliance/dpa)

Aber auch die Politik eines Präsidenten Trump wird durch Ereignisse geprägt werden, und sie wird Partner brauchen, die ihrerseits Einfluss nehmen können. Europa kann den neuen US-Präsidenten am ehesten von den Vorteilen der transatlantischen Allianz überzeugen, wenn es seine eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärkt.

Hier mag die Präsidentschaft Trumps bewirken, dass die EU tatsächlich umsetzt, was sie sich lange schon vornimmt. Und angesichts der Personalisierung internationaler Politik liegt schon eine Chance darin, dass der erste G20-Gipfel, dem Donald Trump beiwohnt, im Sommer unter deutschem Vorsitz stattfindet. Deutschland als überdurchschnittlich vernetztes Land kann hier seine Fähigkeiten zeigen, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen, um bestehende und neue Herausforderungen gemeinsam anzugehen - von Wachstums- und Stabilitätsrisiken über Terrorismusbekämpfung bis zur Digitalisierung.

Das geografische Umfeld

Deutschland ist von Krisen und Konflikten auch in entfernten Teilen der Welt betroffen, kann aber nicht überall gleichermaßen präsent sein. Gerade wenn es um aktives Krisenmanagement geht, werden deutsche Beiträge sich prioritär auf Europa und auf die EU-Nachbarregionen richten, also auf Russland und die postsowjetischen Staaten, den Nahen und Mittleren Osten und Afrika. Aus den

Krisenlandschaften der Nachbarschaft erwachsen eher unmittelbare Sicherheitsgefährdungen als aus fernerer Regionen. Deutschland und seine Partner können in der eigenen Umgebung auch mehr ausrichten als anderswo. Zudem wird hier deutlich, wie eng verwoben Inneres, Europäisches und Äußeres mittlerweile sind.

Europa wird seine Politik gegenüber Russland wohl neu justieren müssen, nicht zuletzt aufgrund der erwarteten Politikänderungen in Washington. Der Umgang mit Russland wird kaum leichter werden. Aber auch in der internationalen Politik ist vieles relativ: Immerhin könnte Präsident Putin im Vergleich zu seinem US-Kollegen als vernünftiger Staatsmann erscheinen. Und eine Entspannung in den amerikanisch-russischen Beziehungen liegt grundsätzlich im Interesse Europas. Wichtig ist allerdings, dass eine solche Entspannung durch eine Rückkehr zu gemeinsamen Grundprinzipien abgesichert wird und nicht nur auf der gegenseitigen Bewunderung des amerikanischen und des russischen Präsidenten beruht.



DER FALL DEUTSCHLAND Stolz und Verfall

PREMIUM Trotz Schulz' Höhenflug: Nach derzeitigen Umfragen wird es bei einer Großen Koalition bleiben. Höchste Zeit, dass Union und SPD Reformeifer entwickeln. Weitere vier Jahre Stillstand kann sich Deutschland nicht leisten. [mehr...](#)

Die EU wird ihre Sanktionen gegen Russland ohne die USA kaum aufrechterhalten können. Es gibt aber keinen Grund, von den Prinzipien der gemeinsamen europäischen Ordnung abzurücken, die von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verkörpert werden. Dazu gehören elementar die Unverletzlichkeit von Grenzen und die friedliche Konfliktbeilegung.

Deutschland und andere werden ausloten müssen, ob Russland bereit ist, den separatistischen Kräften in der Ostukraine die Unterstützung zu entziehen, wenn Europa und die USA gleichzeitig russische Sorgen - vor einer mittelfristig ohnehin unrealistischen Nato-Mitgliedschaft der Ukraine etwa - ernst nehmen und sich um sinnvolle

Formen der Koordination mit Russland in den Krisenlandschaften südlich und östlich des Mittelmeers bemühen. Wir mögen Russlands Art der Kriegsführung in Syrien ablehnen. Aber dass Russland sich im Nahen Osten als Ordnungsmacht zu etablieren versucht, ist an sich weder illegitim, noch widerspricht es grundsätzlich europäischen Interessen - insbesondere solange die EU selbst nicht in der Lage ist, Kriege und Konflikte in der Region zu beenden.

Europa hat schmerzhaft gelernt, dass es Konflikte wie den in Syrien nicht eindämmen kann. Zumindest ein Teil der Krisen in dieser Nachbarregion wird durch Fluchtbewegungen und auch durch Terror zu uns kommen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) wird weiter militärisch bekämpft werden müssen. Aber die Ideologie des IS wird ohne eine politische Lösung in Syrien, ohne inklusive Regierungen in Damaskus und Bagdad und ohne Entspannung zwischen den Regionalmächten nicht besiegt werden. Nicht nur deshalb braucht Europa trotz aller Differenzen eine vertiefte Partnerschaft mit der Türkei. Die EU wird die Politik der Türkei nicht ändern, wenn sie die Beziehungen zu Ankara schleifen lässt. Stattdessen sollten wir offen erörtern, wie viel sicherheitspolitische Kooperation und welche Perspektiven der Integration - hier ist unterhalb der Vollmitgliedschaft noch viel Luft nach oben - für beide Seiten interessant und verkraftbar sind.

Beziehung zu China ausbauen

Prioritäten mit Blick auf das geografische Umfeld zu setzen heißt gerade nicht, andere Regionen zu ignorieren. So würde eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und China sich auch negativ auf europäische Interessen auswirken. Berlin und Brüssel werden deshalb ihren Einfluss in Peking und Washington nutzen müssen, um Irritationen zwischen den beiden Mächten abzubauen.

SERIE: REFORMSTAU IN DEUTSCHLAND

INDUSTRIE UND INNOVATION

PREMIUM Deutschland braucht ein Navi für die digitale Welt

IFO-CHEF CLEMENS FUEST

PREMIUM „Trump ist eine große Gefahr für Deutschland“

VON INNERER SICHERHEIT BIS STEUERN

PREMIUM Das sind Deutschlands größte Baustellen

Gleichzeitig wird es Sachbereiche globaler Politik geben, beim Klimaschutz etwa, wo China absehbar eher zum strategischen Partner Europas werden könnte als die USA. China nimmt die EU nur in der Handelspolitik wirklich ernst und setzt vorrangig auf bilaterale Beziehungen mit anderen Großmächten und großen Mittelmächten. Deshalb sollte Berlin die politischen Beziehungen mit Peking weiter ausbauen. Gleichzeitig verlangt unser Interesse an Frieden, Stabilität und der Geltung des internationalen Rechts auch im Asien-Pazifik-Raum eine tiefere Form der Koordination mit gleichgesinnten

Regionalstaaten wie Australien und Korea.

Deutschland gewöhnt sich allmählich an die Führungserwartungen seiner Umgebung, wird allerdings hier und da noch lernen müssen, dass es nicht reicht, das „Richtige“ zu tun, wenn notwendige Partner sich nicht beteiligt fühlen. Das gilt für andere Mitgliedstaaten der EU genauso wie für die eigene Öffentlichkeit. Auch das weltweite Ansehen des liberalen, demokratischen und inklusiven Modells der EU lässt sich am ehesten fördern, indem wir es bei uns selbst leben und pflegen.

© 2016 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min. Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben.